

Rats-Update Nr. 9

Sondersitzung des Duisburger Stadtrates am 23. Mai 2022

Nach den kriminellen Ereignissen auf dem Hamborner Altmarkt hatte die AfD-Fraktion das Bedürfnis, dass Geschehene in einer Ratssitzung zu diskutieren. Da jede Fraktion das Recht hat, Sondersitzungen des Stadtrates zu beantragen, musste der Oberbürgermeister dem Wunsch der AfD stattgeben. Allerdings war nicht zu erwarten, dass in dieser Sitzung sachlich über die Tatvorgänge gesprochen würde, denn einerseits waren erst wenige Tage seit der Schießerei vergangen, so dass selbst die Polizei noch nichts Näheres wusste bzw. sagen konnte/wollte und andererseits war allen Beteiligten klar, worauf die AfD hinauswollte.

Dementsprechend hatte die AfD-Fraktion einen erwartungsgemäß populistischen Antrag formuliert und dem Rat zum Beschluss vorgelegt und dementsprechend waren dann auch die 3 Wortmeldungen aus den Reihen der AfD-Fraktion. Alle übrigen Ratsmitglieder folgten zwar der Einladung zur Ratssitzung und machten „gute Miene zum bösen Spiel“, weigerten sich aber, eine derartige Diskussion zu führen, so dass auf die Wortmeldungen der AfD-Ratsmitglieder keine einzige Erwiderung erfolgte und der Oberbürgermeister sofort über den vorliegenden Antrag abstimmen ließ. Erwartungsgemäß stimmte nur die AfD-Fraktion ihrem Antrag zu, alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

Nach rund 10 Minuten war diese Ratssitzungen bereits beendet. Zurück bleiben Kosten von über 10.000,- Euro (Saalmiete, Mikrofonanlage, Sicherheitspersonal, Sitzungsgelder, etc.). Wie heißt es so schön: das ist „der Preis der Demokratie“.

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 13. Juni 2022

Die Ratsmitglieder wurden bereits vor der Mercatorhalle mit verschiedenen großen Transparenten „begrüßt“. Bei dieser Demo ging es um den Erhalt von 26 Bäumen, die beim Umbau der Wedauer Straße gefällt werden sollen und um den Erhalt bzw. die Nichtbebauung des Rahmerbuschfelds. Anhand der Plakate war zu erkennen, dass der BUND und die Grünen zur Demo aufgerufen hatten. Überraschenderweise standen sogar sehr viele Demonstranten auf der 1. Etage vor der Mercatorhalle und säumten lautstark den Weg der Ratsmitglieder in den Sitzungsaal.

Nachdem die Niederschrift der letzten Sitzung bewilligt war und die Jahresabschlüsse der städtischen Gesellschaften DVV, DVG, Stadtwerke, DuisburgKontor, DEG, DIG, DBI, Filmforum, DOR und Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (DUW) genehmigt waren, meldeten sich Ratsmitglieder zu Wort und erklärten, dass es technische Probleme gäbe und sie die Sitzungsunterlagen nicht mehr einsehen könnten.

Der Hintergrund: Mitte 2021 wurden alle Ratsmitglieder mit Tablets (iPads) ausgestattet, um die Ratsarbeit zukünftig papierlos handhaben zu können, was bisher auch gut funktioniert hat. Die Ratsmitglieder sind grundsätzlich gehalten, alle Unterlagen bereits zuhause auf ihr iPad downzuloaden, aber viele Mandatsträger haben sich diesmal erst zu Beginn der Ratssitzung (in der Mercatorhalle) eingeloggt und den Download versucht. Das war wohl einer der Gründe, warum das System überfordert- und nicht mehr erreichbar war. Zudem sprach man von Wartungsarbeiten auf dem Server.

So kam es, dass eine relativ große Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Sitzungsunterlagen nicht mehr einsehen konnte. Der Oberbürgermeister unterbrach die Sitzung zunächst für ca. 30 Minuten. Als erkennbar war, dass die technischen Probleme für den Moment nicht lösbar waren, beendete er die Ratssitzung.

Ältestenratssitzung

1 1/2 Tage später tagte der Ältestenrat um zu beraten, wie und wann die Sitzung fortgeführt werden könne. Da der Rat wegen seiner Größe nicht mehr im Rathaus tagen kann (bei der Kommunalwahl 2020 wuchs der Rat aufgrund von Überhangmandaten von 84 auf 103 Mitglieder) und die große Mercatorhalle für die nächsten Tage besetzt war, mussten zunächst Raumprobleme gelöst werden. Zudem sind viele Mandatsträger berufstätig und einige hatten bereits die Koffer für ihren Sommerurlaub gepackt, so dass es auch nicht einfach war, alle (bzw. die meisten) Ratsmitglieder terminlich „unter einen Hut“ zu bekommen.

Letztendlich einigte sich der Ältestenrat darauf, dass die Beschlüsse, die aus juristischen oder finanziellen Gründen zwingend erforderlich waren (z.B. Jahresabschlüsse oder Zuschüsse für Kitas, etc.) in einer kurzfristigen Sondersitzung am folgenden Montag erfolgen sollten. Alle weiteren Beschlussvorlagen und Anträge sollen erst in einer Ratssitzung nach der Sommerpause beraten und abgestimmt werden. Die überraschende Sondersitzung mit der abgespeckten Tagesordnung musste notgedrungen (trotz 'Corona-Sorgen') im kleineren Rudolf-Schock-Saal der Mercatorhalle stattfinden.

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 20. Juni 2022

Nachdem der Ältestenrat beschlossen hatte, in dieser Sitzung nur die zwingend erforderlichen Themen zu beraten und zu beschließen, hatte sich die Tagesordnung von 99 auf 68 öffentliche (und 8 nichtöffentliche) Tagesordnungspunkte reduziert. Alle derzeit besonders strittigen Themen standen nicht (mehr) zur Beratung an. Demonstranten waren diesmal auch keine zu sehen, weder vor der Halle, noch vor dem Sitzungssaal. Da diese Ratssitzung relativ kurzfristig angesetzt wurde, konnten einige Ratsmitglieder berufsbedingt nicht teilnehmen, obwohl der Beginn auf 17:00 Uhr verlegt wurde. Zudem waren mehrere Ratsfrauen und Ratsherren erkrankt, so dass insgesamt 21 Mandatsträger/innen fehlten, was jedoch dem deutlich kleineren Sitzungssaal entgegen kam.

Jahresabschlüsse städtischer Gesellschaften

Im ersten Teil der Sitzung wurden zunächst -einstimmig und ohne Wortmeldungen- alle Jahresabschlüsse städtischer Gesellschaften genehmigt, die in der vorhergehenden Ratssitzung noch nicht beraten wurden.

Zuschüsse für KiTas

Im Weiteren folgten mehrere Beschlüsse, wonach Kindertagestätten, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, Zuschüsse der Stadt erhalten. In der Regel handelt es sich um etablierte und anerkannte Träger, die um Zuschüsse bitten. Da die Stadt auf jeden KiTa-Platz angewiesen ist und eine Bezuschussung immer noch deutlich günstiger ist, als eigene KiTa's zu bauen und zu betreiben, stimmt der Rat solchen Anfragen üblicherweise zu. Zudem wird jede Anfrage (und jeder Träger) vorher intensiv von der Fachverwaltung überprüft. In diesem Zusammenhang wurden auch flexiblere Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen beschlossen.

Standorte der Theodor-König-Gesamtschule

Die ersten Wortmeldungen gab es bei einem Tagesordnungspunkt, wonach die 4 Teilstandorte der Theodor-König-Gesamtschule in Meiderich weiterhin bestehen bleiben sollen. FDP, Grüne und Linke sprachen sich dagegen aus, eine Schule auf 4 verschiedene Standorte aufzuteilen und Kindern und Lehrern somit lästige und zeitraubende Wege aufzuerlegen. Da die beiden großen Fraktionen dem zustimmten, wird es jedoch bei der Zersplitterung bleiben.

Neuzuschnitt der Schuleinzugsbereiche

Die Stadtverwaltung hatte dem Rat einen Neuzuschnitt der Schuleinzugsbereiche vorgelegt, da die bisherige Regelung zukünftig zu Überlastungen einzelner Schulen führen könnte. Mit dem Neuzuschnitt soll eine gleichmäßigere Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Grundschulen erfolgen. Der Rat stimmte einstimmig zu.

Ausbau/Neubau der A 59

Die Verwaltung hat einen Forderungskatalog mit 10 Punkten erarbeitet, die beim Umbau bzw. Neubau der A 59 berücksichtigt werden sollen. Hierbei geht es vor allem um die sogenannte Tunnelösung bzw. Überdeckelung des Streckenabschnitts zwischen Meiderich und Hamborn. Bisher haben die für den Ausbau zuständigen staatlichen Gesellschaften allen städtischen Wünschen und Anregungen aus finanziellen Gründen widersprochen. Durch diesen, vom Rat der Stadt beschlossenen Katalog, soll den städtischen Forderungen Nachdruck verliehen werden.

Bei diesem Thema kam es zu einer Diskussion, weil sich der Oberbürgermeister, der zuständige Dezernent, sowie SPD, CDU und Grüne durch die Wortmeldung von Ratsherr Wedding (JuDu) zu einem Widerspruch provoziert fühlten. Er hatte erklärt, dass die ersten Planungen (von Land und Bund) zum Ausbau der A 59 bereits seit 2003 bestünden und die Stadt sich erstmals 2015 zu Wort gemeldet hätte – also deutlich zu spät. Weiterhin gab er zu bedenken, dass für jeden städtischen Wunsch, dem letztendlich zugestimmt bzw. nachgegeben würde, hohe Kosten bei der Stadt anfallen werden, was nicht verschwiegen werden dürfe. Da es in diesem Forderungskatalog aber im Moment (noch) nicht um die Finanzierung des Projektes geht, stimmte der Rat einstimmig zu.

Radboxen am Bahnhof Rumeln und am Kesselsberg

Einstimmig beschloss der Stadtrat auch die Aufstellung von insgesamt 42 Radabstellboxen des Systems „DeinRadschloss“ am Bahnhof in Rumeln und am Stadtbahnhaltepunkt Kesselsberg in Huckingen. Die Aufstellung kostet in Rumeln 65.848,-€ und in Huckingen 69.167,-€ und wird zu 95% vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) gefördert.

Ausbau der Haltestelle Karl-Jarres-Straße

Am geplanten barrierefreien Ausbau der Haltestelle Karl-Jarres-Straße hatten die Grünen so viele Kritikpunkte, dass sie von der Fachverwaltung eine komplett überarbeitete Planung verlangten, was zu längeren Wortgefechten führte. Die städtische Planung sieht eine große seitliche Haltestelle vor (für die 7 Bäume gefällt werden müssen), während die Grünen gerne eine Haltestelle in der Mitte der Straße hätten (u.a. um die 7 Bäume zu erhalten). Dem Ansinnen der Grünen folgten jedoch nur die Fraktionen der Linken und Tierschutz/DAL.

FIFA Frauen-Fußballweltmeisterschaft 2027

Einstimmig und voller Begeisterung beschloss der Stadtrat, dass Duisburg sich mit der Schauinsland-Reisen-Arena als Mit-Ausrichter der Frauen-Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2027 bewerben solle.

Kultur

Im Bereich der städtischen Kultur gab es diesmal nur 2 Beschlussvorlagen, die mehr mit Finanzen als mit Kultur zu tun haben: die Mikrofonanlage des Stadttheaters muss für ca. 180.000,-€ erneuert werden und die Beleuchtungsanlage des „Gartens der Erinnerung“ im Innenhafen muss für ca. 120.000,-€ erneuert werden. In beiden Fällen gab es keinen Widerspruch und keine Gegenstimmen.

Bebauungsplan Meiderich Steinstraße/Hoher Weg

Die Grünen erklärten, dass es sich bei der zu bebauenden ehemaligen Bahnfläche um ein mit Altlasten belastetes Gebiet handele, was aus diesem Grunde nicht bebaut werden dürfe. Dem widersprach (vor allem) der zuständige Bau-Dezernent Linne. Er erwiderte, dass man in Duisburg jede zur Verfügung stehende Fläche zur Wohnbebauung nutzen müsse und dass die Stadt äußerst viel Erfahrung im Umgang mit belasteten Flächen habe. Nur die Grünen stimmten gegen die Flächennutzungsplanänderung und den B-Plan, alle anderen Fraktionen stimmten der geplanten Bebauung an dieser Stelle zu.

Bebauungspläne

Viele andere Bebauungspläne, die zum Beschluss anstanden, wurden einstimmig beschlossen.

Bebauung Rahmerbuschfeld

Erwartungsgemäß kam es bei der geplanten Bebauung des Rahmerbuschfelds (in Rahm) zu längeren Diskussionen. Die Grünen kritisierten an dieser Vorlage nahezu alles, inklusive der 7-wöchigen Offenlage, in der jede Bürgerin und jeder Bürger noch Bedenken und Anregungen anmelden kann. Letztendlich ging es um die Frage, ob eine Bebauung in einer hochwertigen Lage für die Stadt so wichtig ist, dass im Bereich eines Naturschutzgebietes gebaut werden sollte. Die Fraktionen JuDu, Linke und die AfD schlossen sich der Kritik der Grünen an und stimmten gegen diese Bebauung. Alle anderen Fraktionen sehen hier eher eine große Chance für ein hochwertiges Wohngebiet und für den Zuzug von einkommensstarken Einwohnern.

Änderung der Geschäftsordnung des Rates

Die Fraktionen der Grünen, Linken, JuDu und der FDP hatten einen gemeinsamen Antrag formuliert, wonach die aktuelle Geschäftsordnung des Rates verändert werden soll. In diesem Antrag geht um die Anzahl der jährlich stattfindenden Ratssitzungen, um Bürgersprechstunden, um das Antragsrecht von Einzelvertretern in den Bezirksvertretungen, um die Länge des Rederechts, um die Beantwortung von Anfragen und um die Übertragung von Sitzungen im Internet.

Es war nicht zu erwarten, dass die großen Fraktionen den gewünschten Änderungen sofort zustimmen, aber beide signalisierten Interesse und zusätzliche eigene Ideen. Insofern beantragte die SPD die 1. Lesung und die Verweisung des Antrags in den Ältestenrat. FDP-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies wies darauf hin, dass er das Ende dieser Beratungen im Auge behalten wird, damit das Thema nicht lange „verschleppt“ wird. Nachdem alle beteiligten Fraktionen sich kurz zu Wort gemeldet hatten, stimmten sie dem Antrag der SPD zu und freuen sich nun auf intensive Beratungen im Ältestenrat.

Anfragen und Mitteilungsvorlagen

Im letzten Teil der Ratssitzung standen (wie immer) zahlreiche Anfragen der einzelnen Fraktionen auf der Tagesordnung, die der Oberbürgermeister gar nicht einzeln aufrief, sondern pauschal verkündete, dass alle Anfragen im Nachgang der Sitzung schriftlich zum nächsten Protokoll beantwortet werden (sollen).

Ebenso verfuhr er mit den Mitteilungsvorlagen, die diesmal von Top 58 bis 68 reichten. Pauschal fragte der OB nur, ob es zu irgendeinem Punkt eine Wortmeldung gäbe. Nur ein Ratsherr von JuDu hatte zur Verfügung der Bezirksregierung zum städtischen Haushalt 22/23 eine Frage, die Kämmerer (und Stadtdirektor) Martin Murack kurz beantwortete. Ansonsten gab es zu den verschiedenen Themen, die von der Stadtverwaltung lediglich mitgeteilt werden, ohne dass der Rat dazu einen Beschluss fassen muss, keinerlei Wortmeldungen, so dass die öffentliche Ratssitzung bereits um 18:45 Uhr beendet war.

Die nächste reguläre Ratssitzung ist erst wieder am 19. September 2022 geplant. Danach informieren wir Sie wieder (aus liberaler Sicht) über die aktuellen politischen Themen und Stimmungen im Duisburger Stadtrat.

Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer FDP-Ratsmitglieder Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff, erholsame Sommerferien und eine gute, gesunde Zeit.

Thomas Wolters



Fraktionsgeschäftsführer